

offenbar keine Regelung. Wir sind für eine Regelung, deshalb sind wir für Verhandlungen.

Es gibt also folgende Fragen, die einer Klärung bedürfen, die aber nicht miteinander verbunden sind:

1. Die Beziehungen Westberlins mit der DDR können nur zwischen Vertretern der DDR und des Westberliner Senats geregelt werden. Wenn der Westberliner Senat die reale Lage nutzen würde, dann wäre das nicht nur im Interesse der Westberliner Bevölkerung, die sich selbstverständlich in der Westberliner Enge nicht wohl fühlt, sondern auch im Interesse der deutschen Friedensregelung. In dem Maße, wie Westberlin eine neutrale Freie Stadt wird, kann es eine gewisse Rolle spielen, um eine Minderung der Spannungen zwischen den beiden deutschen Staaten zu erreichen.

2. Auch die Verbesserung der Handelsbeziehungen zwischen beiden deutschen Staaten ist von großer Bedeutung für die Minderung der Spannungen. Es ist jedoch nicht real, Handelsfragen mit politischen Bedingungen zu verbinden, die obendrein den Regeln des Völkerrechts widersprechen.

3. Es läge im Interesse des deutschen Volkes, wenn die Kontakte zwischen den Regierungen beider deutscher Staaten zu Verhandlungen über die Normalisierung der Beziehungen führen würden. Das wäre der erste Schritt, um allmählich den Graben, der mitten durch Deutschland gezogen wurde, zuzuschütten.

Ober die Sicherung des Friedens und die nationale Frage des deutschen Volkes

Liebe Genossinnen, liebe Genossen!

Es ist unsere große geschichtliche Aufgabe, mit aller Kraft, Leidenschaft und Ausdauer zu kämpfen, daß der Krieg ein für allemal aus dem Leben des deutschen Volkes verbannt wird. Der Weg, den wir gehen, führt zu diesem Ziel.

„Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands“, so heißt es im Programm, „hält unverrückbar an ihrem Ziel, der Wiederherstellung der nationalen Einheit Deutschlands, an der Überwindung der von den imperialistischen Westmächten im Komplott mit dem westdeutschen Monopolkapital vollzogenen Spaltung, fest.“¹

¹ Ebenda, S. 331.